



Die 'Freiheit' erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtag nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei fortw. Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 2,50 M., bei direktem Postbezug ohne Beleggebühr monatlich 1,50 M., bei Zustellung unter Schriftband 0,50 M. Die 'Freiheit' ist in den ersten Nächten des Monats Postzustellung für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Geschäftsleiter: Kurt Norden 2895 und 2896.

Jahrespreise: Einzelhefte 10 Pfg., Monatshefte 1,00 M., Vierteljahrshefte 2,50 M., Jahressubskription 10,00 M. (Postgebühren eingeschlossen). Bei Familien- und Vereinstellungen ermäßigt. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19. Geschäftsleiter: Kurt Norden 2748.

# Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Dienstag, den 11. Februar 1919

Nummer 75

## Die Regierung gegen die Marinereäte.

### Forderungen des Marinekongresses.

Nach zweitägiger Verhandlung wurde von den auf dem Marinekongress in Hamburg anwesenden Delegierten sämtlicher Marineformationen, Reichsmarinen und Reichsmarinebetrieben einstimmig eine Entschließung angenommen, in der von der in Weimar zusammengetretenen Nationalversammlung zur Durchführung der sozialistischen Ideen und zur Fundierung der bisherigen Freiheit der Meere folgendes gefordert wird:

1. Anpassung an die veränderte Lage, die den völligen Abbau einer deutschen Macht- und Weltpolitik erfordert. Hierzu gehören:

a) Beseitigung aller überflüssigen Vorurteile gegen Demokratie und Sozialdemokratie;

b) Verzicht auf Pläne nach Wiedererrichtung einer Kriegsmarine.

2. Umwandlung der jetzt noch vorhandenen Kriegsmarine in eine Art Seehaus, die der Wirtschaft an der Küste zu verschaffen hat.

3. Unverzügliche Berufung eines tüchtigen organisatorisch befähigten Sozialisten als Staatssekretär im Reichsmarineamt, der die Verpflichtung übernimmt, nach folgenden Richtlinien zu arbeiten:

a) der Staatssekretär hat sofort alle irgendwie entbehrlichen und erwiesenermaßen reaktionären Offiziere und Beamten zu entlassen, der Verkauf des entbehrlichen Marinegutes unter vorzugsweiser Berücksichtigung staatlicher Betriebe in die Wege zu leiten und ungeachtet der Umgestaltung aller bisher Kriegszwecken dienenden Marinebetriebe zu friedlichen, den Aufbau der Volkswirtschaft fördernden Betrieben durchzuführen;

b) Umorganisation des schwerfälligen militärbürokratischen Systems im R. M. A. in einen Betrieb nach kaufmännischen Grundfragen ist erste Pflicht des Staatssekretärs;

c) das künftige Seewert (R. M. A.) ist in etwa folgende Abteilungen zu gliedern: Handelschiffahrt, Seepolizei (bisher Kriegsmarine), nautische Forschungen und Wissenschaft, Seewarte, Vermessung und Kartenwesen, Betonung, Besetzung, Loten, Rettungs- und Bergungswesen, Fischerei;

d) vorläufige Beibehaltung der Kontrolle durch Vertrauensleute, die von den einzelnen Stationen auf demokratischer Grundlage gewählt sind. Das Kontrollsystem stellt selbstverständlich ein Provisorium dar, das zu beseitigen ist, sobald die Neuordnung im Sinne der übrigen Punkte vollzogen sein wird. Bis zu diesem Zeitpunkt ist eine aus 25 Soldaten und Arbeitervertretern bestehende Körperlichkeit, die sich Marinezentralrat nennt, als mitbestimmende Kontrollinstanz im R. M. A. zu verwandeln.

Für den Fall, daß die Nationalversammlung den übrigen Forderungen des Marinekongresses nicht Rechnung tragen sollte, wird der Zentralrat beauftragt, sofort einen neuen Marinekongress einzuberufen. Bis zu dieser Entscheidung sind die seitens des Reichsmarineamtes eingehenden Verfügungen nicht mehr anzuerkennen.

Ferner nahm der Kongress eine Entschließung an, in der die Maßnahmen der Regierung, insbesondere die des Volkswirtschaftsministers Roske, tief bedauert, dem letzteren der Mäßigkeit nahe gelegt und die Zurückziehung der Division Gerstenberg gefordert wird.

Bei beiden Entschließungen, die der Nationalversammlung in Weimar mitgeteilt wurden, enthielten sich die Vertreter der Offiziere und des aktiven Unteroffiziersstandes trotz prinzipieller Zustimmung der Stimmenabgabe. Der Kongress setzte seine Verhandlungen fort. Über die Regelung der Kommandogewalt sprach u. a. der frühere Volkswirtschaftsminister Dr. Hoff.

Das Hoff-Bureau verbreitet dazu eine hochfahrende Zurückweisung des Marinekongresses, die so recht typisch ist für den Geist, von dem die Regierungsinstanzen mehr und mehr beherrscht werden. Es ist der Geist des alten Obrigkeitsstaates, der Geist der arroganten Zurückweisung jeder Einmischung der Untertanen in die Regierungsgeschäfte, der auch in diesem Vorstoß gegen den Marinekongress zum Ausdruck gelangt. Mit frischer Ueberheblichkeit wird den Vertretern aller Marineformationen — den Mannschaften sowohl wie den mittleren Chargen — die in eifriger Gemeinschaftsarbeit die Bestrebungen und Wünsche der Marine zum Ausdruck bringen, „Dilettantismus“ vorgeworfen, und hochmütig wird der Marine zu verstehen gegeben, daß sie sich nicht in Dinge

einmischen möge, über die die hochweise Versammlung in Weimar noch nicht ihr Urteil gesprochen.

Diese herausfordernde Antwort an den Marinekongress wird auf die gesamten Mannschaften wie ein Faustschlag ins Gesicht wirken. Auch die Antwort auf das Mißtrauensvotum des Marinekongresses gegen Roske, von dem die Regierung behauptet, daß er das Vertrauen der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes genießt, muß die Erbitterung der Marine gegen diese Regierung auf das höchste steigern. Die Folgen dieser provozierenden Politik werden wohl nicht lange auf sich warten lassen.

### Militärischer Konflikt in Münster.

Münster, 11. Februar. Wie der „Münsterische Anzeiger“ meldet, hat der Generalsoldatenrat des 7. Armeekorps eine Entschließung angenommen, in der die Verfügung der Reichsregierung über die Kommandogewalt und die Stellung der Marinereäte nicht anerkannt wird. In Richtlinien an die Bezirkssoldatenräte des 7. Korps heißt es u. a.: Die Kommandogewalt im 7. Korps liegt in den Händen des Generalsoldatenrats. Einzelnziehungen dürfen nicht mehr erfolgen. Waffen dürfen nur im Wach-, Sicherheits- und Begleitdienst getragen werden. Rangabzeichen sind sofort zu entfernen. Vor Ausführung der Verfügungen im Armeekorps-Berordnungsblatt ist jedesmal die Stellungnahme des Korps-Berordnungsblattes abzuwarten. Im Bereich des 7. Armeekorps darf kein Freiwilligen-Bataillon gebildet werden; jede Werbearbeit ist zu unterbinden. Die Abreise von Freiwilligen ist zu verhindern. Anstelle des stehenden Heeres ist eine auf sozialer Grundlage aufgestellte Volkswacht zu bilden.

Der kommandierende General des 7. Armeekorps hat die Reichsregierung um militärischen Schutz gegen die Durchführung der Beschlüsse des Generalsoldatenrats gebeten. Dieser militärische Schutz ist am Sonntag in Münster eingetroffen. Der Bezirkssoldatenrat der Stadt Münster steht nicht auf Seiten des Generalsoldatenrats.

### Das Gardekorps gegen Roske.

Der Korps-Soldatenrat des Gardekorps veröffentlicht folgenden Protest:

Gegen die Anführung Roskes in den Tageszeitungen („Vossische Zeitung“ usw., Abendblätter) vom 8. Februar 1919 erhebt der Korps-Soldatenrat energisch Protest.

Er weist die Unterstellung Roskes, daß die Soldatenräte ihre Tätigkeit als eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit betrachten, als eine unerhörte und jeder Tatsache hohnsprechende Beleidigung zurück.

Die niedere Entlassung der Soldatenräte mit 5 Mark pro Tag widerlegt allein schon diese Anführung, denn die Arbeitslosenunterstützung ist höher als die Entschädigung, die die Soldatenräte für ihre aufopferungsvolle Tätigkeit erhalten.

Die Ausführungen Roskes sind erneut ein Beweis dafür, wie derselbe mit Unterhütung der reaktionären Elemente versucht, die revolutionäre Einrichtung der A- und S-Räte für seine Zwecke auszunutzen.

Wir erklären laut und vor aller Welt, daß der Grad des Mißtrauens gegen die Tätigkeit Roskes den Soldatenräten gegenüber seinen Höhepunkt erreicht hat.

Korps-Soldatenrat des Gardekorps  
Stüdel, Kress, Kadeke, Stoll, Platte, Rhinow, Stanncke, Albrecht.

### Sozialistische Mehrheiten in sächsischen Gemeinden.

Bei den Stadtherordnetenwahlen, die am Sonntag, den 9. Februar, in vielen sächsischen Städten stattfanden, haben die Sozialdemokraten in Dresden, Meißen, in Döbeln und Plauen die Mehrheit erlangt. Dagegen ist es nicht gelungen, in Bautzen, Rittau und Zwickau eine sozialistische Mehrheit zu erringen. Die Unabhängige Partei hat überall günstig abgeknippt, sie ist an dem Stimmenrückgang, der sich im allgemeinen zeigte, weit weniger beteiligt als die übrigen Parteien.

### Vollsverrat im Osten.

Von einem Genossen, der dem Soldatenrat der X. Armee angehört, wird uns geschrieben:

Wenn es vergönnt war, einen Blick in die geschickten Mäntel der deutschen gegenrevolutionären Offizierskreise zu tun, wer erst mit Bestürzung, dann mit immer mehr wachsendem Ingrimm sah, wie die Regierung Ebert-Scheidemann sich nur von diesen Offizieren und den unfähigen Diplomaten des alten Regimes beraten läßt, wie sie auf ihre eigenen, im langjährigen politischen Kampf erprobten Parteigenossen in den Soldatenräten nicht hört, der wußte, daß allerlei konterrevolutionäre Bettelungen zu neuen blutigen Kämpfen im Osten führen müßten.

Deshalb hat auch am 5. Januar der Soldatenrat der X. Armee, der in seiner Mehrheit aus in vielfältigem politischen Kampf bewährten Sozialisten beider Lager bestand, einstimmig sein Amt niedergelegt mit der Motivierung, daß das X. A.-D.-R. im Verein mit Ober-Ost nicht nur eine antisozialistische, sondern auch eine antinationale Politik gegen den Willen des Soldatenrates getrieben hätte. Statt diesen schweren Vorwurf gründlich zu untersuchen, besaß die Regierung, in der deutschen Öffentlichkeit zu erklären, daß die Rücktrittserklärung von falschen Voraussetzungen ausgehe, und daß sich die darin erhobenen Vorwürfe als unbegründet erweisen hätten.

Diese amtliche Erklärung ist eine glatte Unwahrheit, mit der sich Mitschuldige herausreden wollen! Denn es ist eine unbestrittene Tatsache, daß Ende Dezember, also zu einer Zeit, als in Warschau zehntausende deutsche Soldaten entwaffnet und ausgeraubt waren, als sich die Lemberger Schrecken abgespielt hatten und in der deutschen Ostmark die Flammen des polnischen Aufstandes ausloderten, in Wilna polnische Legionäre von deutschen Offizieren im Einverständnis mit der pseudosozialistischen Regierung bewaffnet wurden und so ein reaktionäres Gewaltregiment aufzurichten konnten! Nach einem langvorbereiteten reaktionären Plan wurde die Hauptstadt Litauens gegen den Willen des Soldatenrates, gegen den Willen der dortigen Arbeiter, der Juden und der litauischen Bourgeoisie den Polen in die Hände geliefert.

Schon Wochen vor dem herannahenden Räumungstermin war zu bemerken, daß sich in Wilna mehr polnische Legionäre sammelten. Ihr Verhalten gegenüber den deutschen Truppen wurde immer provokantender. Trotzdem das Waffentragen verboten war, marschierten sie schließlich in Gruppenkolonnen, schickten Kavalleriepatrouillen aus und quartierten sich in zahlreichen Häusern loserenmäßig ein. Von den sozialistischen Arbeitern, die in den Polen ihre reaktionären Geanten erblickten, von den Juden, die einen Boartum befürchteten, aßen dem Soldatenrat fortgesetzt Meldungen über Waffenlager der Polen zu, die neben zahlreichen Gewehren auch über Geschütze und Maschinengewehre verfügten, die sie höchstwahrscheinlich im Gouvernement Warschau bei ihrem Angriff auf deutsche Truppen gestohlen hatten.

Der Soldatenrat der X. Armee verlangte von dem Kommandeur, General von Falkenhayn, daß dagegen eingeschritten und die Polen entwaffnet würden. Falkenhayn sagte am 20. Dezember dies zu, überließ aber am 21. Dezember mit seinem Stabe nach Grodno, und bis heute ist kein Befehl zur Entwaffnung der polnischen Legionäre und zur Zurücknahme der gestohlenen deutschen Waffen gegeben worden. Auf das Drängen des Soldatenrates schritt allerdings der Stadtkommandant ein. Aber wie? Er ließ die Führer polnischer Abteilungen zu sich kommen und kündigt ihnen an, daß er ihre Quartiere umstellen und die Legionäre entwaffnen lasse, wenn sie sich dort nicht entfernen. Dann zogen die Polen in ein Nachbarhaus, und dem Wunsche des deutschen Stadtkommandanten war Genüge geschehen.

So wurde das polnische Treiben unterstützt, und es ist weiter nicht verwunderlich, daß in den letzten Tagen ganze Schlittenladungen voll Gewehre offen nach Wilna einge-

unter den Augen des deutschen Generalkommandos abgeladen und dann zwei Bojen mit geladenem deutschen Gewehr aufgestellt wurden, während 100 Meter über die Straße der Bojen des Generalkommandos mit einer einzigen Handgranate im Girtel stand.

Aber die polnischen Legionäre wurden nicht nur durch diese Duldung begünstigt, es wurden ihnen sogar noch Waffen geliefert! 500 Gewehre und die dazu gehörige Munition wurden ihnen ausgehändigt. Das geschah allerdings auf Umwegen, aber man wußte, daß die Polen diese Waffen bekommen würden. Die Legionäre versuchten jetzt, einzelgehende deutsche Soldaten zu entwaffnen, wobei sie sich allerdings blutige Köpfe holten. Zugleich etablierten sie ein Schreckensregiment gegen die sozialistische Arbeitererschaft. Sie hoben das Bureau des aus allen sozialistischen Parteien gebildeten Arbeiterrats aus und erschossen dessen Vorsitzenden! Das in Grodno erscheinende polnische „Echo“ meldete darüber in folgender vieldeutiger und bezeichnender Weise: „Der Arbeiterrat, der meistens aus Juden besteht, wurde von den Polen arretiert, wobei General Madrojski mit Erlaubnis der deutschen Macht so gehandelt hat, wie es das Recht verlangt.“

Aber auch auf andere Weise war das reaktionäre Polentum unterstützt worden. Je mehr sich die deutschen Truppen in dem Raum von Wilna zusammensogen, desto mehr häuften sich kleine Konflikte mit den russischen Truppen, welche die Russen auf die Maßnahmen deutscher Offiziere zurückführten. Und diese Angabe der Russen ist durchaus glaubwürdig, denn überall, wo die Soldatenräte mit den Russen direkt verhandeln konnten, wurden Differenzen vermieden oder gütlich geschlichtet. Man hielt den Anmarsch der Russen gegen Wilna auf, damit die Polen ihre Herrschaft in der Stadt befestigen konnten. Schließlich lief zu ihrer weiteren Unterstützung am 31. Dezember beim X. Armeekorps ein Telegramm der Herren Ebert und Scheidemann ein, wonach den Polen noch 5 Geschütze und 8 Maschinengewehre ausgehändigt werden sollten, zur Verteidigung der Stadt gegen die heranrückenden Bolschewisten. Dieser Befehl wurde auf Einspruch des Soldatenrates nicht ausgeführt, und Scheidemann nahm ihn zurück, nachdem der Soldatenrat seinen Rücktritt angekündigt hatte und diese Mäntel den Truppen bekanntgeben wollte! Die Tatsache besteht also, daß die angeblich sozialistische Regierung im Verein mit ihren Vertrauensleuten im gegenrevolutionären Offizierskorps die Feinde des eigenen Volkes bewaffnete. So organisierte die Regierung Ebert-Scheidemann schon den Krieg gegen die Arbeiter, ehe sie ihn in den Straßen Berlins praktisch übte.

Will die Regierung nun noch behaupten, daß der Soldatenrat der X. Armee sich bei seinem Rücktritt von „irrigem Voraussetzungen“ leiten ließ und deshalb seine Vorwürfe unbegründet seien? Dann braucht man sie doch nur noch daran zu erinnern, daß zwischen Ober-Ost und der polnischen Regierung im verflochtenen Dezember gekündigt wurde und schon ein Vertragsentwurf aufgestellt war, wonach aus deutschen Heeresbeständen eine ganze Division polnischer Legionäre komplett bewaffnet werden sollte, ein Plan, der nur durch die wachsende Angriffslust der Polen ins Wasser fiel!

Soweit der uns zugegangene Bericht, dessen Einzelheiten uns auch von anderer gut unterrichteter Seite bestätigt werden. Die hier erhobenen Anklagen sind so schwerwiegend und für die gesamte deutsche Politik so belastend, daß eine sofortige Reue der Regierung unerlässlich erscheint.

### Vom wiedererstandenen Reichstag.

Es wird glänzend gearbeitet in der Nationalversammlung, genau nach der bewährten Methode, die sich während des Reichstags gebildet hat. Die Führer der bürgerlichen Parteien und der Rechtssozialisten machen die Dinge vorher unter sich ab, man läßt die Unabhängigen, da es nun doch nicht zu verhindern ist, ein- oder zweimal reden, lehnt ihre Anträge ab und im Handumdrehen ist alles erledigt. So geschah es auch mit der famosen provisorischen Ver-

fassung, die uns jetzt besichert würde. Das Lippenbekenntnis zur Demokratie hat die Mehrheitssozialisten nicht daran gehindert, einer Verfassung zuzustimmen, die die partikuläre Rückständigkeit mit ihren Privilegien konserviert. Es ist bezeichnend für diese Verfassung, daß ihr sämtliche bürgerlichen Parteien mit Einschluß der Konservativen zustimmen konnten und bezeichnend für den Geist dieser Verfassung, daß nicht einmal der Antrag der Unabhängigen, die Geheimdiplomatie zu beseitigen, Zustimmung gefunden hat. Nur drei Demokraten — es gibt nämlich merkwürdigerweise so viele in der demokratischen Partei — die Herren Quide, Schüdina und Kusche stimmten dafür. „Wir verstehen“, sagt das „Berl. Tagebl.“ dazu, „diese ablehnende Haltung der Regierung und der demokratischen Parteien nicht. Denn wenn man nicht beabsichtigt, Geheimverträge irgendwelcher Art abzuschließen, dann kann man das auch prinzipiell in der Verfassung zum Ausdruck bringen.“ Wir verstehen es auch nicht, aber wir wundern uns über die rechtssozialistische Preisgabe selbstverständlicher demokratischer Grundzüge längst nicht mehr.

Nachdem die provisorische Verfassung erledigt und der Austausch um die Ministerposten perfekt ist, wird heute Herr Ebert zum Reichspräsidenten gewählt werden. Er wird dann Herr Scheidemann als Ministerpräsidenten berufen und das Ministerium wird aus sieben Mehrheitssozialisten und sieben Bürgerlichen gebildet werden. Tagelang wird Dr. David nun doch auf seine Stelle verzichten, damit ein Zentrumsmann Präsident der Nationalversammlung werden kann. Denn billiger war das Zentrum nicht zu haben. Auch äußerlich wird dann die neue Nationalversammlung dem alten Reichstag ähnlich sehen wie ein Ei dem andern.

### Neue Reformen in Preußen.

Die dringend nötige Reform der preussischen Verfassung und Verwaltung soll endlich beginnen. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, wird die konstituierende Landesversammlung noch in diesem Monat einberufen werden. Sie wird sich mit dem Verfassungsentwurf, der jetzt feststeht, beschäftigen. Er enthält noch diesen Anhaften nur eine Kammer, sieht aber einen besonderen Staatspräsidenten vor. Ob die Anhaften des „Vorwärts“, daß der Entwurf auf breiterer demokratischer Grundlage aufgebaut sei und alle Bestimmungen enthalte, die die Gewähr dafür bieten, daß die Regierung das ausführende Organ des Willens des Volkes ist, richtig ist, können wir erst prüfen, wenn der Entwurf vorliegt.

Auch der Entwurf eines Gesetzes zu den Wahlen über die Kreistage sei in Vorbereitung. Er räume mit allen Vorrechten, insbesondere mit denen des Grundbesitzes auf, und gewähre eine Demokratisierung der bisher durch und durch konservativen Kreistage und Kreisversammlungen. Bisher sei aber noch kein Beschluß gefaßt, ob dieses Gesetz im Verordnungswege erlassen oder der Landesversammlung unterbreitet werde.

Wir fordern mit aller Entschiedenheit, daß diese Demokratisierung sofort im Verordnungswege durchgeführt werde. Die Reorganisation der preussischen Verwaltung verträgt, wie die Erfahrungen der letzten Wochen gezeigt haben, durchaus keinen Ausschub. Sollen die Anordnungen der Regierung ausgeführt werden und soll insbesondere die Volksernährung keine gewaltigen Störungen erleiden, so ist sofortige Demokratisierung unerlässliche Voraussetzung.

### Eine neue Aktion gegen Hamburg geplant?

Die „Sozialistische Korrespondenz“ äußert Tag für Tag ihre Zufriedenheit mit dem Sieg der Regierung in Bremen. Aber dieser Erfolg genügt ihr nicht. Sie behauptet, daß die Engländer und Amerikaner gar nicht daran dächten, Lebensmittel über Bremen oder Hamburg nach Deutschland zu senden, ehe nicht die vollständige Gewähr für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung gegeben sei. Die Unabhängigen und Spartakisten würden also die Schuld daran tragen, wenn das deutsche Volk weiter hungere.

Diese Behauptung ist selbstverständlich erlogen. Aber diese Stimmungsmache ist nötig, damit die Gardes Koskes, die jetzt schon bis Curhaven gelangt sind, auch nach Hamburg marschieren dürfen. Wir werden deshalb in den nächsten Tagen weitere Nachrichten über angebliche

Störungen der Ruhe und Ordnung in Hamburg erhalten. Wenn dadurch die Stimmung genügend vorbereitet ist, wird der Kampf der Koskegardes gegen Hamburg beginnen.

### Das tägliche Dementi.

Offiziell wird kundgegeben:

„Die Freiheit“ behauptet in ihrer Sonntagsnummer, daß ein Hauptmann Dr. Gärtner, der mit der Verhaftung von Richard Müller im Zusammenhang stehen soll, in der Reichskanzlei ein- und ausgeht und Haupt einer Epistelorganisation sei, die sich „Politisch-Parlamentarische Nachrichtenstelle der Reichskanzlei“ nenne. Von diesen ganzen vermorrenen Behauptungen sei kein Wort wahr; es gibt keine Epistelorganisation in der Regierung und ein Dr. Gärtner ist in der Reichskanzlei völlig unbekannt.

Die Regierung umgibt in ihrem Dementi die Tatsache, nämlich, daß Major v. Stockhausen vom Großen Generalstab dem Staatsanwalt Weikmann mitgeteilt hat, im Zimmer 124 des Großen Generalstabs befinde sich eine Organisation, die sich „Politisch-Parlamentarische Nachrichtenstelle der Regierung“ nenne und von einem Dr. Gärtner geleitet werde. Diese Nachricht brachten wir bereits in unserer Ausgabe von Freitag morgen und wiederholten sie Sonntag unter Hinzufügung der weiteren Tatsache, daß der genannte Dr. Gärtner im Dienste des Rittmeisters v. Klara vom Großen Generalstab stehe, dem die „Abteilung Bernburg“ unterstellt sei. Zu allen diesen Tatsachen sagt die Regierung kein Wort. Sie versucht vielmehr, unter Umgehung der wichtigsten Tatsachen, die peinliche Angelegenheit zu vertuschen. Dieser Versuch wird ihr nicht gelingen. Wir werden auch weiterhin in das lichtscheue Treiben der Herren vom Zimmer 124, die einerseits mit der Reichskanzlei und andererseits mit Agenten vom Salage des Leutnants Görden in Verbindung stehen, rückwärtslos hineingreifen.

### Für die Kriegsgefangenen!

Berlin, 10. Februar. Der Nationalversammlung ist folgender von Mitgliedern aller Parteien unterzeichneter Antrag zugegangen:

Die deutsche Nationalversammlung erhebt Einspruch gegen die Zurückhaltung von Kriegs- und Zivilgefangenen. Die Gefangenen der Alliierten sind ihrer Heimat zurückzugeben. Es ist eine Forderung der Menschlichkeit und Gerechtigkeit, daß auch die Leidenszeit der deutschen Kriegsgefangenen nicht ungenutzt verstreift wird.

Die Nationalversammlung ruft die Neutralen und das Gewissen der ganzen Welt auf, sich mit ihr zu vereinigen in der Forderung, den Gefangenen die Heimat, den Familien den Gatten und Vater zurückzugeben, die jahrelang von den Angehörigen getrennt, mit Ungeduld die Erlösung aus der Gefangenschaft erwarten.

Die deutsche Nationalversammlung sendet den Brüdern jenseits der Grenze den Gruß der Heimat.

Die stärkste Unterstützung des Verlangens nach unbedingter Freigabe der Kriegsgefangenen geht von der Internationalen Sozialistenkonferenz in Bern aus, auf der Eisner es verstanden hat, auch die Unterstützung der Franzosen für diesen Antrag zu gewinnen.

### Die reaktionäre Presse.

Der „Vorwärts“ erzählt, die Schwerindustrie des rheinisch-westfälischen Industriegebietes hätten es unternommen, die ihnen gefällige alldeutsche Presse wieder reichlich mit Geldmitteln zu versehen. Namentlich haben sie sich der höchsten schwerindustriell-vaterlandsparteilichen Blätter wärmstens angenommen, die ja auf Zuspruch bei ihrer geringen Abonnentenzahl angewiesen sind. Man läßt es sich etwas kosten, Wimpelzug zu treiben, um den schwerindustriell-großkapitalistischen Geldbeutel zu schälen.

So weit, so gut. Aber warum schreibt der „Vorwärts“ denn nichts über die Papierpolitik der Regierung, die der unabhängigen sozialistischen Presse jede stärkere Verbreitungsmöglichkeit einengt, dagegen der bürgerlichen Presse Papier in Masse zur Verfügung stellt. Vielleicht erkundigt sich der „Vorwärts“ einmal danach, wann der Beschluß, den unsere Genossen in der Regierung seinerzeit durchgesetzt haben und der die Papiergewinnung im wesentlichen nach dem Stand der Abonnenten regelte, wieder aufgehoben und das alte kapitalistische Zeitungsprivileg jetzt selbst wieder hergestellt werde.

Der „Vorwärts“ schwärmt ja jetzt so für Demokratie. Warum verlangt er keine demokratische Papierpolitik?

### Dem ermordeten Bruder.

Von Albert Ehrenstein.

O Kind, das nie, nichts sah!  
Die Front war Feine,  
Der Arzt nur allzu nah.

Aus dumpfem Enghaush,  
Wiederkehr der Lehrerchrillen,  
Träumtest du dich in heilige Patrouillen.  
Gefangener Falter im Kriegsgespinn!  
Krank morgens Graue die Sterne aus!  
Hungern und hustend tatest du Dienst.  
Im Staub laufend bis ans Ende der Straße:  
Wo abends, unter bekümmertem Himmel,  
Soldaten verschimmeltes Weisbrot fassen.

Dann kamen die Schmerzen,  
Stolz wußtest du nicht Lagen,  
Karode dich nicht melden vor Kameraden.  
Es boten zu viel Lieferanten  
Gesunden Blinddarm dem Messerarm.  
Dich Ohnmächtigen, Kranken nannten  
Kriegsärzte einen Simulant.  
Und, todelender Tage zu spät, verdammt  
Krieger-Werzte das Messer zum Wiedererant.  
Du trugst tränendlos die Hebrerwürde,  
Der du, verblutend im Wiener Militärspital,  
Strafweise Sterbende sterben sehen mußtest im Todesaal.  
Du schenkest schwindend der einzigen guten  
Wärterin Anderkens Mädchen,  
Die Anderen Leben. Den Erstlingen deines Alters  
Värmen noch Verchen,  
Sie kämpfen Tennis, spielen Clappe,  
Krieg? Hama! Feudale Attrappel  
Dir ward Digtalls; Injektionen:  
Kampfer, Kochsalz, Koffein.

Steil ins Herzh schwillt die Fieberkurve.  
Du schreiest dich nach Haus.  
Kuftat sich lebtes Tor.  
Wersobens nahmst du dir vor.

Viel Milch zu trinken und gesund zu werden.  
Aber du — mußtst sinken zu den gelöteten Herden.

„Magst du nicht die Milchstraße trinken?“  
Flüster ich alter Fremdwörter zu Gott.  
„Sieh, dort sind noch viel solche Sterne,  
Sie wimmern zu mir in Erdbeschwerden.  
Wilst du nicht deine Kinder einlassen?  
Läßt ab von schrillem Schöpfungschrillen.  
Nach dich auf letzte Patrouillen!  
Sonnenverfinstler, Hausberg vom Himmelhaub.  
Kann im Mond, tritt die Sterne aus!  
Rimm von ihnen ihre große Zeit,  
Lob und all deiner Krieger Leid.  
Rein Bruder holtie nur ein Märchenbuch  
Und ein wenig süßliches Soldatenbuch.  
Dem Kind, das nie, nichts sah  
— Die Front war Feine —  
Du traust ihm allzu nah!“

### Zurück zum Holzschiff!

Nach der „Schiffahrt-Zeitung“ hat der Mangel an Stahl den Holzschiffbau wieder aufblühen lassen. In Brasilien haben sich einige Schiffwerften dem Bau von Holzschiffen zugewendet. Die 4000-5000 Tonnen fassen sollen. In Norwegen sind ruhende und Reparaturwerften zu neuem Leben erwacht. Etwa 80 Werften fertigen hier Holzschiffe, allerdings von kleinerem Bau: 100 bis 700 Brutto-Reg-Tons, die insbesondere als Leichter zur Fahrt nach Dänemark benutzt werden. Man sieht, der Krieg, der manche soziale Entwicklung beschleunigt hat, schraubte in technischen Fragen bisweilen auf „überwundene“ Stufen zurück.

### Radium in England.

In der Grafschaft Devonshire wurde ein ausgedehntes Lager von Radioaktiven gefunden, aus der bekanntlich das Radium gewonnen wird. Nach einjährigen Grabungen ließ man auf eine reichhaltige Ader, deren Analyse, die Dr. Henry Terry vom University College in London gemacht hatte, mehr als 28 Prozent Uraniumoxyd ergab, d. h. dreizehnmal mehr, als das radiumhaltige Erz aufweist, das bisher aus Amerika nach England eingeführt wurde.

### Revolutionsbriefe.

Von Dr. Paul Mayer.

„Die Revolution kann scheitern, die Verfassung kann umgestürzt, das Reich von der Anarchie zu Feigen gerissen werden, aber man wird nie auf den Despotismus zurückkommen.“

Mirabeau, am 1. September 1790.

Die französische Revolution ist für uns noch nicht Vergangenheit im Sinne eines nur noch historisch interessierenden Zeitabschnittes, dessen geistige Inhalte von den dazu Verurteilten oder Unberufenen konserviert und gelegentlich einem ahnungslosen Publico vorgezeigt werden. In Frankreich ist heute noch jede Veröffentlichung über den Ausgang des 18. Jahrhunderts das Signal zu erneutem Parteikampf, als ob es sich um Probleme der Zeitgenossen handelte. Denn die französische Revolution ist Gegenwart, unmittelbares Leben, unser Leben. Ihre Siege sind unsere Siege, in uns wirken sich ihre Niederlagen aus; daß ihre Fehler nicht unsere werden, darf man — im Bewußtsein allgemeinen menschlichen Angewandtheit — nur hoffen. Die Annahme, Völker könnten durch die Geschichte wie von einer moralischen Gouvernante befehlet werden, wäre eine erniedrigende Auffassung sowohl der Völker als auch der Geschichte.

Jedes Volk hat seine ihm eigentümliche, sein nuancierte Individualität, und die Geschichte, immer von neuem die Bedingungen menschlichen Daseins schaffend, ist zu geistvoll, um sich in Einzelheiten zu wiederholen. Historische Vergleiche bedeuten deshalb nicht allzu viel für die Erkenntnis von Tatsachen, sie haben hauptsächlich nur schmerzhaften Wert. Die Geschichte ist allen Moralisten zum Trotz keine moralische Kunst und kein Arsenal von gemeingültigen Erfahrungen, und die Völker sind keine grobschnittenen Pflanzlinge aus der Hand einer mitleidigsten Kraft. Aber die französische Revolution ist für uns noch nicht Geschichte, nicht Vorbild, nicht Schreckbild, nicht Beispiel, nicht Gegenbeispiel. Wir werden gar nicht vor die Frage gestellt, nicht Gegenbeispiel. Wir werden gar nicht vor die Frage geworfen. Es ist der Beginn einer neuen menschlichen Epoche, unserer Epoche. Wir sind eine andere Station auf demselben Wege. Ihre Schuld ist unsere Schuld und ihr Triumph der unsere.

# Internationale Sozialistenkonferenz.

## Demokratie und Diktatur. Schluß des Kongresses.

Bern, 10. Februar.

Die Ansprache über die Kriegsgefangenenfrage wurde in der heutigen Nachtigung der Internationalen Sozialistenkonferenz fortgesetzt und endete mit der Annahme einer Entschließung auf Heimbeförderung aller Kriegsgefangenen.

Ueber "Diktatur und Demokratie" berichtete Branting und legte namens des Ausschusses eine Entschließung vor, in der es heißt:

Die Konferenz begrüßt die gewaltigen Umwälzungen in Rußland, Oesterreich und Deutschland und fordert die Arbeiter aller Länder auf, demokratisch-revolutionäre Einrichtungen anzustreben, in deren Rahmen sich politische Umwälzungen vollziehen sollen. Die Konferenz steht nach wie vor auf dem Boden der Demokratie, die auf der Freiheit in Rede und Schrift, auf dem gleichen allgemeinen Wahlrecht und der Koalitionsfreiheit beruht. Die Sozialisierung der Betriebe muß planmäßig erfolgen, die willkürliche Übernahme einzelner Betriebe durch kleine Gruppen von Arbeitern ist nicht als Sozialisierung anzusehen. Eine sozialistische Entwicklung ist nur dann durchführbar, wenn sie von vornherein die Mehrheit des Volkes hinter sich hat. Jeder Versuch zur Diktatur eines kleinen Teils des Proletariats ist der sozialistischen Entwicklung gefährlich. Auf dem nächsten Kongress soll die Frage des Volkswirtschafts behandelt werden, ein Ausschuss soll diese Frage an Ort und Stelle in Rußland untersuchen.

Macdonald (England) erklärte in der Aussprache, ihm handle es sich darum, dem Sozialismus aller Länder eine gemeinsame Richtung zu geben. Er warnte die Pariser Konferenz davor, durch ihre Beschlüsse dem Volkswirtschaft zu weiterer Verbreitung zu verhelfen.

Seriot (Frankreich) gab eine Erklärung ab, daß eine Stellungnahme gegen den Volkswirtschaft zur Unterstützung der bourgeoischen Politik Willens beitragen würde. Die russische Revolution habe zu viel für den Sozialismus getan, als daß man sie brandmarken könne.

Kretsch (russischer Menschewist) stellt fest, daß der Volkswirtschaft nicht eine Diktatur des Proletariats, sondern eine Diktatur über das Proletariat sei. Der Kongress müsse eine Untersuchungskommission nach Rußland entsenden, weil die Volkswirtschaften nur die Rückkehr der Reaktion ermöglichen, gegen die der Sozialismus stets gekämpft habe.

Heideich (Oesterreich) bringt eine von ihm, der französischen Langzeitgruppe, der norwegischen Delegation und dem Deutschen Herfeld unterzeichnete Erklärung ein, die sich gegen die Brandmarkung der russischen Zustände wendet, solange noch keine neuen Nachrichten vorliegen und die Gegenseite nicht persönlich gehört ist.

Darüber erhebt sich eine erregte Erörterung.

Trotsky (Holland) spricht über die Demokratie, die jetzt gegen den Volkswirtschaft arbeite und ihren Sitz im Palais Bourdon oder im Credit Foncier habe, andererseits wies er darauf hin, daß der Volkswirtschaft die Grundzüge der Demokratie verraten habe.

Gawronski (russischer Sozialrevolutionär) erklärt, die Volkswirtschaft hätten zwar das große Eigentum beseitigt, dafür aber das ganze Volk verelendet.

Roudsky lehnt die Resolution Adlers ab und unterstützt die Mehrheitsresolution. Das wichtigste Problem sei jetzt die Hebung der Produktion. Die Volkswirtschaft hätten den Sozialismus durchzuführen wollen, aber nichts anderes erreicht, als eine neue Form des Militarismus.

Genderson stellt im Namen der britischen Delegation fest, daß die Volkswirtschaft nach Bern hätten kommen können. Sie hätten das nicht getan, weil sie genau wußten, daß ihre Grundzüge unvereinbar seien mit denen der Internationale.

Bernstein (Deutschland), dem die deutschen Reichstagsparlamentarier das Wort abgetreten haben, erklärt unter allgemeinem Beifall, als Maß für England und Frankreich sei der Volkswirtschaft nur eine theoretische für Deutschland aber eine praktische Frage, von der Leben und Tod der deutschen Republik abhängen. Der Volkswirtschaft könne nicht mit dem Proletariat und der Revolution identifiziert werden. Bernstein ist erschöpft, daß die Internationale nicht darauf hinwiese, daß die Volkswirtschaft alles getan hätten, was die reaktionärste Regierung nicht getan habe. Der Volkswirtschaft sei der Tod der Erzeugnisse der Revolution. Das hätten die eigenen Verträge der Volkswirtschaft erkennen lassen. Eine Kommission zur Untersuchung des Volkswirtschaft sei daher jetzt nur noch zu dem Zweck nötig, um festzustellen, daß ein zerrüttetes System am Werke sei, daß auch die anderen Staaten gerettet werden. Der Volkswirtschaft habe die Korruption in Rußland eingeführt und wolle sie auch in die Internationale einführen, wie er es schon in Deutschland getan habe. Der Sozialismus dürfe in keiner Weise mit dem Volkswirtschaft zusammenarbeiten, da er, und das gelte besonders für das industriereiche Deutschland, den Sonnenlauf des Proletariats bedeuten würde.

Die übrigen Diskussionsredner der russischen, der argentinischen, der spanischen und der übrigen Delegationen stimmen fast durchweg der Mehrheitsresolution zu.

Branting führt dann in seinem Schlußwort aus: Obwohl die Meinungen wiederholt auseinandergeraten sind, können wir feststellen, daß nach den Erklärungen des Kongresses und besonders nach der Klärung einer Frage, die ich nicht hier aufrollen will, die Internationale wieder existiert. Sie muß auf demokratischem Wege jetzt wieder wirken im Sinne des Sozialismus. Ihr Ziel ist der demokratische Völkerverbund, so wie er von dem Kongress beschlossen worden ist, das heißt ein Völkerverbund ohne Ausschluß irgend einer Nation. Wir hoffen, daß das große Ziel erreicht wird auf Grund der Prinzipien, die Wilson für die Demokratie der ganzen Welt aufgestellt hat und wegen welcher er im Kampfe liegt mit gewissen imperialistischen Strömungen. Voraussetzung dieses Völkerverbundes ist, daß ein dauernder und gerechter Friede geschlossen wird. (Beifall)

Nach kurzen Erklärungen eines deutschen Unabhängigen, die ganze deutsche Jugend sei antimilitaristisch, und werde bei einer Wiedereinberufung unter die Gewerke den Dienst bewweigern, wurde der Kongress geschlossen.

## Der internationale Gewerkschaftskongress.

Bern, 10. Februar. In der Schlußsitzung des Internationalen Gewerkschaftskongresses gestern nachmittag wurde die Entschließung des Völkerverbundes einstimmig angenommen, ebenso die Entschließung der französischen Sekretariat über die wirtschaftlichen Aufgaben des Völkerverbundes.

Zouhaux (Frankreich) erklärte, die französische Abordnung bittet es keinesfalls, daß ein besiegtes Volk dem Hunger preisgegeben und seine Kriegsgefangenen zu Zwangsarbeiten herangezogen werden sollten; das Elend des deutschen Volkes lasse die französischen Sozialisten nicht gleichgültig.

Banning (England) erklärte, die englischen Sozialisten würden alles tun, um die deutschen Kriegsgefangenen vor Zwangsarbeit zu bewahren.

Jansson (Deutschland) erinnerte daran, daß die deutschen Gewerkschaften sich der aus Belgien Verschickten seinerzeit erfolgreich angenommen hätten.

Die Abhaltung eines weiteren Kongresses wurde beschlossen, Ort und Zeit aber noch nicht bestimmt.

## Gewerkschaftliches.

### Der zehnte Gewerkschaftskongress.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands kündigt die Einberufung des zehnten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands für den 30. Juni 1919 nach Nürnberg an. Als Tagesordnung ist vorläufig vorgesehn:

1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten. (Wahl der Kommissionen, Prüfung der Mandate.)
2. Rechenschaftsbericht der Generalkommission.
3. Beratung der Anträge, betreffend:
  - a) Allgemeine Agitation.
  - b) Agitation unter den fremdsprachigen Arbeitern.
  - c) Streikunterstützung und Streikfähigkeit.
  - d) Arbeiterinnen-Sekretariat.
  - e) Korrespondenzblatt.
  - f) Sozialpolitische Abteilung.
  - g) Zentral-Arbeitersekretariat.
  - h) Regelung der Grenzstreitigkeiten.
4. Die Arbeitsgemeinschaft der Industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands.
5. Beratung des Organisationsstatuts des Bundes der Gewerkschaften Deutschlands.
6. Die Sozialisierung der Industrie und Landwirtschaft.
7. Beratung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge.

Ein Organisationsstatut für den Bund der Gewerkschaften Deutschlands wird von einer seitens der Konferenz der Verbandvertreter eingesetzten Kommission ausgearbeitet und so rechtzeitig vor der Kongresssitzung vorzulegen sein, daß die Gewerkschaftsmitglieder zu ihrer Stellung nehmen können.

Anträge zur Tagesordnung oder solche, welche auf die vorstehend genannten Tagesordnungspunkte Bezug haben, sind bis zum 5. Mai 1919 an die Generalkommission einzusenden.

### Die Herrenkonfektionschneider und Zuschneider

hatten sich am Montag zu einer zahlreich besuchten Versammlung zusammenzufinden, um zu den erzielten Verbesserungen ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen Stellung zu nehmen. Schumacher gab einen Uebersicht über den Gang der Verhandlungen: Die Schneider in der Herrenkonfektion haben während des Krieges nach und nach zu den tariflichen Löhnen Feuerungszuschläge von insgesamt 100 Prozent erzielt. Infolge erheblicher

Verzweigungen der Lebenshaltung stellen sie im November die Forderung, auf weitere 25 Prozent Erhöhung. Diese Forderung ist jetzt von den Arbeitgebern, soweit diese organisiert sind, bemilligt worden und sollen ab 15. d. Mts. gezahlt werden. Da nun durch die inzwischen erfolgte Einführung des Achtstundentages die benötigte Zulage parabolisiert ist, hat die Beschäftigten sofort einen Antrag auf nochmalige 25 Prozent Aufbesserung gestellt. Hierüber wird jedoch noch verhandelt werden. Ein anderes, langjähriges Kampfobjekt bildete die Lieferung der Futalen. Jetzt ist eine Vereinbarung dahin zustande gekommen, daß die Unternehmer ab 1. Juni 1919 für Zivilischen die Futaturen liefern. Bei Seereschiffen bleibt es jedoch wie bisher. Auch dieser Erfolg werden sich die Schneider etwa 10 Prozent günstiger sehen. Die Abschaffung der Heimarbeit begegnet immer noch großen Widerständen. Nur haben die Arbeitgeber prinzipiell ihr Einverständnis erklärt, aber sie wollen an keinen Termin gebunden sein. Damit werden sich die organisierten Kollegen jedoch nicht zufrieden geben. Sie stellen sich auf den Standpunkt: wenn es jetzt nicht gelingt, die Heimarbeit zu beseitigen, werde es nie gelingen. Sie betonen, daß sie sich von gesetzgeberischen Maßnahmen in dieser Richtung von der derzeitigen Nationalversammlung absolut nicht versprechen. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß in Unternehmerkreisen schon hart an einen Abbau der Löhne gedacht werde. Das forderte den lebhaftesten Widerspruch der Versammlung heraus. Wenn unangebracht wäre ein Anbruch gebracht, daß solange nicht an einen Abbau der Löhne zu denken sei, solange die Kosten der Lebenshaltung nicht herabgesetzt seien. Die Regierung möge nun gegenüber den Agrariern und Lebensmittelerzeugern die gleiche Energie zeigen, die sie gegen die flammendewühenden Arbeiter Berlins, Bremens usw. angewendet habe. Was die Zukunft angeht, ging es den Vorlesungen Schumachers hervor, daß diese Kategorie sehr viel unglücklicher dastehet als ihre Kollegen, die Schneider. Der Grund liegt in der Haltung dieser Berufschaft gegenüber der Organisation. Sie haben sich als Vertrauensleute der Meister betrachtet und nur mit geringen Ausnahmen den Weg in den Verband gefunden. Diese Absonderung von ihren Klassenangehörigen ist, wie nicht anders zu erwarten, zu ihrem Nachteil ausschlaggebend. So nur konnte es kommen, daß heute noch Löhne von 88, 45, 34 Mark ohne jeden Rückschlag sich finden. Aber auch hier hat sich die Organisation für die Verteilung der Löhne in verschiedenen Kategorien bringen wird. Die Versammlung stimmte den getroffenen Vereinbarungen und Maßnahmen der Verhandlung zu und ermächtigte die Leiter, mit der Kommission der übrigen Berufsgruppen in Verbindung zu treten, auf der gleichen Grundlage abzuklären.

Das Gewerkschaftskartell in Rowen beschränkte sich in seiner ersten diesjährigen Sitzung mit dem Bericht vom vorigen Jahre und der Neuwahl des Kartellauschusses. Einantrag der Verhandlungen wurde ein Protokoll des Kartells des Robertberg des Buchdruckerbundes erledigt, der sich gegen seine Rechtsprechung im Kartell und gegen den erhobenen Vorwurf der Freigabe der in einer Streikversammlung gefassten, wählte. Das Kartell ging über den Gegenstand zur Tagesordnung über, da es mit dem besagten Streit nichts zu tun hatte und der Vorwurf der Freigabe in gewerkschaftlicher Beziehung niemals erhoben worden ist. — Der Jahresbericht gab Verhältnisse über die Tätigkeit des Kartells war in jeder Hinsicht während des Krieges, sei es durch Eingliederung der Delegierten, sei es durch Nichtentgegenkommen der zuständigen Behörden, erfüllt. Jetzt sei der Zeitpunkt gekommen, wo es wieder möglich sei, praktische Arbeit zum Wohle der Allgemeinheit zu leisten. Die nicht im Kartell vertretenen Gewerkschaften werden aufgefordert, sich umgehend beim Kartell anzuschließen und mit der Wahlen von Delegierten zum Kartell voranzukommen. — Der Jahresbericht, der vom Genossen Gustav Matthes gehalten wurde, erstreckte sich über die beiden letzten Quartale. Die Einnahme, einschließlich des alten Bestandes von 850 M. betrug 1194,55 M. Die Ausgabe 1214,5 M. Restbestand am Schluß 1918 1018,10 M. Auf Antrag wird der Kassierer einstimmig entlassen. — Die Wahlen zum Kartellauschuss ergaben folgendes: 1. Vors.: Karl Dürre, Zimmerer, Lindenstr. 88; 2. Vorsitzender: Josef Schmitt, Schuhmacher; Kassierer: Hermann Reinfeld, Holzarbeiter, Großbeerstr. 64. Schriftführer: Karl Grubel, Metallarbeiter, Reußenstr. 64. Gustav Matthes und Hermann Hachen. — Nach einer längeren Aussprache wurde beschlossen, eine Vorständekonferenz mit den Arbeiter- und Arbeiterbetriebsräten der hiesigen Betriebe einzuberufen, um zu den aktuellen Fragen, vor allem zu der Arbeitslosen- und Arbeiterbeschäftigungsfrage Stellung zu nehmen. — Die Kartellleistungen finden regelmäßig am Montag vor dem 15. jedes Monats, abends 7 Uhr, im Lokal von Diercke statt. Doch fällt die Sitzung in diesem Monat aus. — Ein Antrag, die Berichte der Kartellsitzungen in der „Freiheit“ und im „Vorwärts“ veröffentlicht zu lassen, wird einstimmig angenommen.

Wie sehr die französische Revolution nicht ein Uebervandenes, sondern ein Lebendiges ist, empfindet auch der politisch Unbeteiligte — wenn es heute noch solche Kuriosa gibt — beim Studium der „Briefe aus der französischen Revolution“, die Gustav Landauer ausgewählt, übersetzt und erläutert hat (Literarische Anstalt Rütten u. Loening, Frankfurt a. M. 1919). Hier spricht die Revolution selbst; vielfältige Stimmen sind zu einem gigantischen Orchester vereinigt. Denker und Taten, Könige und Bauern erwachen zu großartigem Leben wie Holzstämme aus dem Toten eines mittelalterlichen Meisters. Gustav Landauer ist ein Schattenschwärmer von magischer Kraft. Wir hören das „Ca ira“ rasender Massen, den Verzweiflungskreisel gewaltiger Opfer, den Hohn in einandergekrampften Parteien, das sieghafte Donnern der großen Leibwachen. Einige hingeworfene Pfeile sind erfüllt von Trugbildern der Ewigkeit; daneben blühende Idyllen aus Rousseaus Reich; Weisheit und leichtes Gelächter werden eins, bisweilen hat das Vorpurgewand des Martyriums den modischen Schnitt des verendenden Kolofos.

Parteilichkeit wird klein, wenn Menschentum sich strahlend offenbart. Was ist hier Recht, was Unrecht? Jeder tut, was er muß. Und leiden müssen alle. Jeder hat seinen eigenen Stern oder Untern. Was ist hier Fortum, was Parze? Im Anfang war die Kraft. Die Welt war noch nicht, weil Grobes geschah, sondern weil die Besten groß dachten. Den vom Geiste beauftragten ist Mut weiter nichts als eine Gewohnheit. Leidenschaft, in gewöhnlichen Zeitaltern ein Privates verzeittelt, hat ein großes Ziel gefunden: den Staat. Die Staatsangelegenheiten sind meine Herzensangelegenheiten; ich denke, träume, empfinde nichts anderes“, schreibt Madame Guillen, eine Bürgerfrau aus der Dauphiné. Hinreichend sind die Frauen in der Stärke ihres Glaubens, die geistvollen wie Madame Roland, die selbstischen wie die Cordan und die namenlosen und vergessenen, die in den Abhängen des sich überschneidenden Lebens verflungen waren. Ein und wieder taucht die Liebe aus dem Untern, nicht als Insel Cythere, nicht als Schieferparadies. Liebe und Tod sind wieder Raubvorn wie in der Urgzeit. Im Kerker, aus der Rot des schuldbeladenen und doch glückstrahlenden Herzens schreibt Madame Roland an Curat, ihren Geliebten, dessen Beinamen wenig später Wille gertragen: „Wie ich Deine Briefe wieder und wieder lese. Ich preffe sie an mein Herz.

ich bedede sie mit meinen Küssen; ich hatte nicht mehr auf sie gehofft.“

In Landauers Sammlung finden sich Briefe von Mirabeau, von Camille Desmoulins, von Ludw. XVI., von den Girondinen, von Saint-Just, von Georg Forster und anderen Deutschen. Wer vermag die Fülle der Geschehnisse zu bannen! Der politische Sinn der Revolution liegt vornehmlich beschlossen in Mirabeau. Aus seinem blätterzerrengten Antlitz lesen wir die reifsten Gedanken der Zeit. Er ruft die Götter der Tiefen und er, er allein, beschwichtigt sie. Berufen und anständig, genial und generös, Südländer im Blute und der Seele, scheint er mehr dem Bronzezeitalter gewaltiger Renaissance anzugehören als dem tintetriefenden Säkulum des ancien régime. Er ist ein Gondolier und doch ein Erbschaftshalter des Geistes, ein Abenteuerer und doch ein Werkmeister am Neubau der Zeit, unserer Zeit. Er ist der geborene Führer der Revolution, soweit sie eine politische Angelegenheit ist, und gleichzeitig ihr größter Psychologe. Alle Rittenerüberbricht er an Kenntnis der realen Kräfte, an Einsicht und Voraussicht. Er ist das Hirn der Revolution, er allein ist im Besitz der Mittel, die Nation zu konsolidieren. Im Bündnis mit allen zukunftsverheißenden Tendenzen seiner Zeit wirkt er alle abgenutzten Regierungsmaximen der absoluten Oligarchie zum alten Eisen und schreibt siegesgewiß: „Die Nation, nichts als die Nation wird künftig das politische Glück entscheiden.“ In der Geschichte des Menschentums, umgeben von trunkenen Himmelstürmern und vorlauten Weltverbessern, irt sein Blick nie vom Erreichbaren ab. Er weiß, daß das beste Mittel, die Revolution zum Scheitern zu bringen, darin besteht, zuviel zu verlangen. Aus dem Chaos gestaltet er die Schöpfung. In einer für den Hof bestimmten Note heißt es prophetisch: „Ich betrachte in der Tat alle Wirkungen der Revolution als derzeit unüberwindliche Erzeugnisse, daß keine Umwälzung sie mehr zunichte könnte.“

Nach dem Mann der Jugend, nach dem Olympier der Titan. „Ich will entflammen, andre und mich selbst.“ schreibt Camille Desmoulins am 10. Juni 1789 an seinen Vater. Er selbst ist eine Flamme, die alle Widerstände verzehrt, zuletzt sich selbst. Den lebensreudigen „Generalsprokurator der Laterne“ übertrifft der junge Röm wie ein unerschöpfliches Geschenk. „Denk Euch, ein großer Teil der Hauptstadt nennt mich unter den hauptsächlichsten Urheber der Revolution.“ Er ist überall dabei, wo etwas los ist;

deshalb wirken seine Briefe wie ein Liberalium der Revolution. Immer ist er in Gedrängigkeit: „es ist mir leichter gemessen, eine Revolution zu machen und Frankreich umzuwälzen, als von meinem Vater 50 Louisdors zu erhalten“. Seine bunte Seele entsaltet sich mit seinem Geschick. Die Masken fallen, die Gesichter erschauern, alle Rosen werden belanglos, und erschütternd verfallt der Ruf des Verdammten, den schon der Tod betäubt: „Es tut mir not, mich zu überzeugen, daß es einen Gott gibt, der gerechter ist als die Menschen.“

Der Zusammenhang politischer und sozialer Probleme wird noch nicht klar erkannt, von den Bestübten aber instinktivartig begriffen. Von Galem, ein Deutscher, erzählt, daß gegen die Absicht, das Wahlrecht von einer Besteuerung abhängig zu machen, ein Mann bei einer Versammlung im Palais Royal folgendes demonstrierte: „Was“, sagte er, „die Bezahlung von drei Livres soll uns erzi zu wahren Althons machen, sie uns erst die Fähigkeit geben, Repräsentanten zu wählen? Unser Arm, unser Blut, so wie dem Staate weihen, gilt das nicht soviel als drei Livres? ... Jetzt wird es eine Aristokratie der Reichen, und dann sind wir schämmer daran wie vor.“

Nur wer die Schwierigkeit der Aufgabe Landauers zu ermessen vermag, wird dem Takt einer so kunstvollen Auswahl gerecht werden können. Aus des Reichthums Ueberfluß mußte er wählen, auf manche Briefe hat er wohl nur mit Bedauern verzichtet. Hier zeigte sich wirklich der Meister in der Beschränkung. Was den weissen Weg und totes Wissen war, in seinem Werke hat es Menschenstimme gewonnen. Ein nur feistiger Fachgelehrter, ein in allen Saiten gerechter Politiker hätte und das Buch nicht schenken können. Landauers Buch ist eine humanistische Tat. Wir wollen ihm danken, indem wir Wilhelm von Humboldts Worte auf Gustav Landauer beziehen: „Geheuer der Geschichtsforscher die Menschheit und ihre Wirken durch Genie und Studium begreift, aber je menschlicher er durch Natur und Umstände bestimmt ist, und je reiner er seine Menschlichkeit walten läßt, desto vollständiger löst er die Aufgabe seines Geschicks.“

### Kunstkalender.

Im Deutschen Künstler-Theater findet am Freitag bis 100. Wiederholung von Kurt Hill's „Eklus Nachbelauchung“ statt. Die Jubiläum-Aufführung wird mit einer neuen Orchester „Der fliegende Schimmel“ eröffnet.

